

Parlamentarischer Vorstoss

2017/144

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Motion von Sara Fritz, Grüne/EVP-Fraktion: Regulierungsfolgenabschätzung «Familien»

Autor/in: [Sara Fritz](#)

Mitunterzeichnet von: Augstburger, Bammatter, Bänziger, Brenzikofer, Hotz, Maag, Meschberger, Mikeler, Schweizer Kathrin, Schoch, Stokar, Strüby, Werthmüller, Wunderer

Eingereicht am: 6. April 2017

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Jede Vernehmlassungsvorlage des Kantons Basel-Landschaft enthält den Punkt «Regulierungsfolgenabschätzung». Dabei wird gestützt auf § 4 des KMU-Entlastungsgesetzes sowie § 2 der KMU-Verordnung bei sämtlichen Entwürfen zu Erlassen aller Rechtsetzungsstufen eine sogenannte Regulierungsfolgeabschätzung durchgeführt. Damit soll festgestellt werden, in welchem Ausmass kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) von behördlich verordneten Massnahmen betroffen sind. Geprüft wird die Notwendigkeit und die Zweckmässigkeit von Regulierungen, ob gegebenenfalls alternative Regulierungen den gleichen Zweck effizienter erfüllen können, die Effizienz im Vollzug von Regulierungen sowie die Belastung der KMU im Hinblick auf den administrativen Mehraufwand und die Folgekosten der Regulierungen, beispielsweise infolge notwendig werdender Investitionen, erschwerter Betriebsabläufe, usw.

KMU sind unbestritten wichtige Stützen für unsere Wirtschaft. Was KMU für die Wirtschaft sind, sind meines Erachtens Familien für unsere Gesellschaft. Denn die Familien erbringen grosse Leistungen für unseren Kanton und seine Zukunft. Sie vermitteln zentrale Werte und prägen die künftige Gesellschaft. Tragfähige Familien sind entscheidend für das Wohlergehen unseres Kantons.

Leider müssen in einem der reichsten Länder der Welt viele Familien Monat für Monat dafür kämpfen, dass sie finanziell über die Runden kommen. So erstaunt es auch nicht, dass Kinder traurigerweise zum häufigsten Armutsgrund geworden sind.

Wir sollten den Familien Sorge tragen. Eine Möglichkeit dazu ist, bei sämtlichen Entwürfen zu Erlassen aller Rechtsetzungsstufen mittels Regulierungsfolgenabschätzung zu prüfen, in welchem Ausmass Familien von behördlich verordneten Massnahmen betroffen sein würden.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit im Kanton Basel-Landschaft eine Regulierungsfolgenabschätzung analog derjenigen von KMU auch für Familien eingeführt werden kann.

Dabei soll auf eine möglichst kostengünstige Umsetzung ohne unverhältnismässigen Aufwand geachtet werden.